

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

5.5.1861 (No. 106)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 5. Mai.

N. 106.

1861.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreis: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Dienstmachrichten.

Karlsruhe, 4. Mai.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich mittelst höchster Entschliessung aus großh. Staatsministerium vom 2. Mai d. J. allergnädigst bewogen gefunden:

Höchstseiner Präsidenten des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stabel, zugleich zum Präsidenten des Staatsministeriums zu ernennen und ihn der bisherigen provisorischen Leitung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten seinem unterthänigsten Ansuchen gemäß zu entbinden;

den Freiherrn Franz von Roggenbach aus Freiburg zum Präsidenten des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

* Stimmungen über die Thronrede des Kaisers Franz Joseph.

Der 1. Mai 1861 ist ein Tag von weltgeschichtlicher Bedeutung für Oesterreich: mit ihm tritt die österreichische Monarchie in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein. Zwar hat schon einmal vor 13 Jahren eine Landesversammlung in Wien getagt; aber wie sie durch den revolutionären Wirbelwind jener Zeit zusammengetrieben worden war, so wurde sie auch durch den darauf folgenden konträren Wind wieder hinweggeführt. Es ist nun freilich richtig, daß auch diesmal äußere Ereignisse den Anstoß zur Einlenkung in die konstitutionelle Bahn gegeben haben, aber die Sache ist doch diesmal nicht die gleiche. Heute hat nicht ein augenblicklicher Sturm diesen Wendepunkt herbeigeführt, sondern eine Krisis, welche fundamentale, die Existenz des Ganzen bedrohende Schäden zu Tage förderte: es sind äußerste Nothwendigkeiten nicht vorübergehender, sondern bleibender Art, denen man einzeln und allein durch die gemachten Konzessionen glauben zu können. Eben darum halten wir auch deren Dauernde Aufrechterhaltung für unvermeidlich. Wir glauben noch mehr: wir meinen, das österreichische Volk werde mehr und mehr zu der Einsicht kommen, daß es sich vorerst nur um einen Anfang handle, und daß es nun seine Aufgabe sei, das begonnene Gebäude in stetigem Fortschritt auszubauen und wohnlich einzurichten.

Unter diesen Umständen erhält die Rede, womit der Kaiser Franz Joseph den Reichsrath eröffnete, ein erhöhtes Interesse; wir halten es für wichtig genug, eine Reihe von Urtheilen hier zusammenzustellen, in welchen sich die Ansicht der Presse von verschiedenen Standpunkten aus über dieselbe ausdrückt. Hören wir zuerst einige österreichische Blätter.

Die „Wienerische Post“ macht darauf aufmerksam, wie verschieden der Eindruck des gesprochenen, lebensvollen Wortes von dem geschriebenen, todt sei, und fährt dann fort: „In dieser Beziehung ist es von der höchsten Wichtigkeit, daß Alle, welche heute im großen Saal der Hofburg bei der Thronrede anwesend waren, Zuhörer wie Abgeordnete, ernstlich ergriffen wurden von dem Tone der Wahrheit, der Innlichkeit und der Wärme, mit welchem der Kaiser zu der Versammlung sprach. Sichtlich bewegt von der Bedeutung des Moments, hörte man es der Rede an, daß sie nicht schablonenartig und als leere Formel vorgelesen wird, sondern daß sich der Monarch wohl bewußt ist, was er verheißt und wofür er sein kaiserliches Wort engagirt.“

Eine gemüthliche Geschichte.

(Fortsetzung.)

Man war an Hans die Reihe, große Augen zu machen, doch Willi ließ ihn nicht zu Wort kommen. Das seine hohen Verwandten betrafte — fuhr er mit wegwandernder Handbewegung fort —, so verliere er auch nicht ein Wort weiter über sie. Er habe ihnen hinlänglich Zeit gegönnt, ihn anzuerkennen und aus seiner präkären Lage zu erlösen. Der Schlußtermin, den er ihnen im Geiste gestellt, sei vorüber, und nun sage er — der schlichte Willi Springin — sich von ihnen und ihrem stolzen Namen feierlich und auf immer los. Wohl dürfte noch ein Tag kommen, an welchem sie ihn bringend bitten, ihren Namen anzunehmen, doch nun sei es zu spät, nun verzeugne er sie, nun wolle er vor der Welt wirklich für den bescheidenen Schneiderhohn Wilhelm Springin gehalten werden; von diesem Standpunkte aus könne also von einer sogenannten Resalliance nicht mehr die Rede sein, und sein geheimer Freund werde ihn daher hoffentlich nicht der Inkonsequenz beschuldigen wollen.

Dagegen — sagte er fort, während seine Stimme zum Zittern herabsank — dagegen sei allerdings nicht zu leugnen, daß sich gegen die bevorstehende Verbindung manches begründete Bedenken vorbringen ließe. So sei die Dame, die nun bald seinen Namen tragen werde, ihm unzuverlässig an Jahren bedeutend überlegen; ihr Aeußeres könne nicht lieblich befunden werden, auch spreche die Welt viel Arges von ihrem reizbaren Temperament und von ihrem Gang, bei dem geringfügigsten Anlaß alle Grenzen der Mäßigkeit zu überschreiten. Gleichwohl — schloß er, während er seine Stimme wieder erhob und würdevoll um sich bläute — gleichwohl wisse er die Verdächtigung: er heirathe aus schnöder Gellüster eine Geldstille, mit stolzer Entschlossenheit zu rath. Er habe bekanntlich sein ganzes Augenmerk dem Streben zugewendet, den Handel zu reformiren, ihm neue Bahnen zu eröffnen,

Es ist das erste Mal in der Geschichte dieses Reiches, daß einer seiner Herrscher ein Parlament von freigewählten Reichsabgeordneten um sich versammelt und ihnen Rechte zuerkennt, die man mit dem allgemeinen Ausdruck als konstitutionelle bezeichnet. Es ist aber von doppelter Bedeutung, daß dieser Herrscher der Kaiser Franz Joseph ist, ein Monarch, der nicht, wie dies oft der Fall gewesen, im ersten Anlauf jugendlicher Herrscherfreude eine Konstitution verleiht, die, nachdem sie praktisch fungirt, allmählig wieder einzuschränken gesucht wird, sondern ein Monarch, der in Folge einer Reihe von schweren Prüfungsjahren, nach dem Vollgenuss der Selbstherrschafft, nach mehrfachen, von den Mannichsachsten Raths empfohlenen und verjagten Formen autokratischer Regierungsgewalt endlich nicht durch Theorien allein, sondern durch das Leben selbst zu der Ueberzeugung gedrängt wird, daß der moderne Staat nur in der Uebereinstimmung des Herrschers mit der Volks- und Reichsvertretung zu erhalten und zu befestigen ist.“

Von den Stellen der Thronrede, welche die Gleichberechtigung aller Völker des Reichs und die Theilnahme der Volksvertretungen an der Gesetzgebung betreffen, heißt es dann weiter:

„Dies ist eine Zusicherung, die mehr als eine bloß geschriebene Charta ist, weil sie mit dem wirklichen Leben im Zusammenhang steht, weil sie das Resultat unerschütterlicher Erfahrungen; weil sie die wirkliche Bedingung der Fortdauer und des Bestehens dieses so sehr erschütterten Reiches ist! Das oft wiederholte Hoch, das dem Kaiser nach dem Schluß seiner Rede gebracht wurde, war daher kein gemachter, konventioneller Ruf, wie dies bei dergleichen Gelegenheiten stattfindet, sondern es ging aus warmen Herzen hervor, die den Ernst der kaiserlichen Verheißungen an dem Ernst des Moments maßten.“

In ähnlichem Sinn urtheilen die meisten Wiener Blätter, namentlich auch die „Deherr. Ztg.“. Dieselbe erinnert sich jedoch sogleich, ob die Thronrede auch außerhalb Oesterreichs und jenseits der Leitha denselben günstigen Eindruck machen werde. Sie sagt in dem Betreff:

„Man kann nur hoffen, daß die Mächte Europa's die Friedensgedanken, die darin liegen, würdigen, die Friedensprinzipien mit Anerkennung entgegennehmen werden. Die äußere Politik Oesterreichs ist daran vollkommen charakterisirt. Wir besitzen jetzt vor Allem unser eigenes Haus und wollen von dem Nachbar bloß, daß er keinen Einbruch bei uns verjage. Dem Scheine nach bekennen sich alle Staaten zu gleichen Grundsätzen; aber wir haben Nachbarn, die heute und herrschsüchtig sind, welche die allen Staaten wegwischen und sich an ihre Stelle setzen wollen. Unser Verhältniß zu Italien, unser Verhältniß in Italien ist ein Kapitel, das Oesterreichs Staatsleben, das Europa interessirt. Wir können da nicht immer Gewehr im Arme stehen; wir können da nicht immer große Summen für unsere Truppen und noch dazu ein hübsches Geld für die Truppen eines andern Fürsten ausgeben, der sie vorderhand doch nicht zum Kriege benötigen kann. Unsere Stellung in Italien muß und kann mit Recht die Aufmerksamkeit des Reichsraths in Anspruch nehmen. Der Anspruch des Volkes von Oesterreich wird hier schwer wiegen in den Augen Europa's.“

Naher liegt und dringender ist, das Verhältniß zu Ungarn klar zu legen. In der Thronrede hat der Monarch das Gelübniß bekräftigt, die Verfassungsgrundgesetze schirmen zu

ihm einen ungeahnten Aufschwung zu geben. Dieses vermöge er nur, wenn er Geld habe; durch seine Verbindung mit — er müsse den Namen ja doch endlich nennen — mit der reichen Madame Keingrubber, der Eigenthümerin der berühmten Spegelei- und Kolonialwaaren-Handlung zum goldenen Löwen, opfere er sich einem gemeinnützigen Problem von ungeheurer Tragweite und glaube deshalb, auf die beste Artung seiner Freunde unbedingt rechnen zu können. Hiermit reichte er Hans seine Hand mit vielem Anstand hin.

Doch dieser sei nicht so flüchtig; er war sehr bleich geworden, große Schweigstropfen bedeckten seine Stirne, und seine Augen glühten so unheimlich, daß Willi sich einer gewissen Aengstlichkeit nicht erwehren konnte. Und er hatte guten Grund, sich zu ängstigen; hätte Hans die geliebte Frau nicht so hoch verehrt, daß er sie selbst nicht in Gedanken mit einem Verbrecher in Verbindung bringen konnte, er wäre Willi an den Hals gesprungen und hätte ihn auf der Stelle erdürgt. So aber begnügte er sich, ihn endlich mit heftiger Stimme zu fragen, ob ihn denn sein Gewissen gar nicht mahne? ob er diesen unerhörten Treubruch an dem reinsten und edelsten Wesen begehen könnte, ohne sich selbst zu verachten?

Willi horchte auf und erklärte, nicht begreifen zu können, wen sein geheimer Freund eigentlich meine? Und als Hans auf eine gewisse schöne und gütige Dame hindeutete, deren Brief er einst an derselben Stelle, wo er heute sich, mit leidenschaftlichen Klüssen bedeckt, fuhr, er sich mit der Hand über die Stirne, lächelte verschämt, drehte vornehm seinen kleinen Schnurrbart auf und versicherte dann sehr bestimmt, daß ihn sein Gewissen dieser Dame gegenüber vollkommen freispreche; er könne Niemanden hindern, ihm seine Neigung in jedem beliebigen Maße zuzuwenden. Wenn Jemand eine unvernünftige Leidenschaft für ihn fassen wolle, so müsse er es wohl dulden. Bei diesem kalten Hohn küßte Hans abermal den Annuth in sich mächtig regen. Doch er beherrschte sich. Er erhob sich stolz; nur das Eine wollte er noch wissen, ob sie von seinem Vorhaben bereits unter-

wollen. Es ist darin die Hoffnung ausgesprochen, daß auch Ungarn den Reichsrath beschicken werde. Diese Hoffnung beruht auf der Gerechtigkeit der Sache, auf der Einsicht der Völker. Der ungarische Kanzler Baron Bay, der Minister Graf Szecsen müssen, wenn auch nicht diese Hoffnung, doch die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit der Sache theilen. Wenn Ungarn dieselbe klare Anschauung hat, dann wird die Sache bald entschieden sein.

Aber im Lande jenseits der Leitha und March toben Parteiführer und haben sich Parteinänsichten geltend gemacht, die mehr den Eingebungen der Leidenschaft, der erbigsten Phantasie und des Ehrgeizes, als dem ruhigen Verstand entsprungen sind. Sagen wir es gerade heraus: Teleki ist in diesem Augenblick das Centrum der Bewegung. Dieser Teleki, welcher die ihm vom Monarchen geschenkte Freiheit dazu benützt, Tendenzen zur Geltung zu bringen, die gewisse Personen in London und Paris zu ihrem Lebenszweck machten. Folgt der ungarische Landtag diesen Impulsen, so wird er einen Boden betreten, der schon einmal das Unglück dieser Länder gewesen ist. Hier liegt die Gefahr für Ungarn, für die Freiheit. Die Regierung ist Ungarn gegenüber bis zur Grenze des Möglichen gegangen; bei dieser aber muß sie stehen bleiben, sunt certis denique lineis.“

Die „Deherr. Ztg.“ täuscht sich nicht, wenn sie von dem Eindruck der Thronrede in Ungarn nicht viel Gutes erwartet. Die dortigen Blätter sprechen sich übereinstimmend energisch gegen die auf Ungarn gemünzten Stellen aus. Die Thronrede vom 1. Mai — sagt der „Mag. Drszag“ — hat schnell die Hoffnungen Derjenigen wecken gemacht, die erwarteten, daß dieselbe ein Friedenszeichen sein wird. Für Ungarn sind wieder die schweren Tage der Prüfung angebrochen. Aber wenn dieser Moment verhängnißvoll für Ungarn ist, so ist nach unserer Ueberzeugung der 1. Mai noch verhängnißvoller für die Monarchie. Verhängnißvoll ist der Kampf, welchen Oesterreich gegen altbegündetes Recht, gegen gemeinsames Uebereinkommen beginnt; verhängnißvoll ist der Kampf, welcher seine Berechtigung im Willen dazu sucht; während er die aufrichtigste Bereitwilligkeit Derjenigen zurückerwartet und die Kraft Derer lähmt, welche mit der besten Absicht auf eine Ausöhnung hinarbeiteten, raubt er der zur Vertheidigung genöthigten Nation den Glauben, daß das Gezeig eine starke Waffe ist. Auf diese Verhandlungen wird der 1. Mai entschieden Einfluß ausüben. An diesem Tage hat die Nation die Antwort auf die Adressen ihrer Jurisdiktionen vernommen. Sie weiß, was sie zu hoffen hat.“

Ein anderes ungarisches Blatt, der „Mag. Sajtó“, fügt dem Obigen halb tröstend, halb drohend hinzu: „Noch bestehen die großen europäischen Konstellationen [Garibaldi, Cavour und was damit nach oben und unten zusammenhängt], welche den Zentralisten auch fernerhin Schach bieten werden.“

Dieses Thema wird dann in der ungarischen Presse weiter varirt.

Die in Frankfurt erscheinende „Zeit“ sagt in einem Wiener Artikel u. A.: „Ohne Protest vernahmen heute Slaven und Italiener die Worte aus des Kaisers Munde, welche die Integrität des Gesamtstaates wiederholt betonten, und der Monarchie durch das Jbidem, in welcher die Rede gehalten wurde, ihren deutschen Charakter wahrten. Was sonst ge-

richtet sei? Als Willi erklärte, nichts gefast zu haben, um es ihr zu verheimlichen, warf er ihm noch einen Blick unendlicher Verachtung zu und ging. Willi blieb aber noch lange in der glücklichsten Stimmung sitzen; er begriff zwar durchaus nicht, warum sein Freund Hans ihm mit so vieler Beharrlichkeit ein intimes Einverständnis mit der schönen Wittve zumutete, gleichwohl schmeichelte es ihm sehr, für den Gegenstand ihrer Neigung gehalten zu werden. Hans hätte daher noch viel lieber auftreten dürfen und Willi hätte doch nicht gestanden, daß die kühne Voraussetzung seines Freundes auf vollkommen falscher Hypothese, auf vollständigem Mißverständnis des wahren Sachverhaltes beruhe.

Hans konnte die ganze Nacht nicht schlafen. Er begriff, er fühlte den tiefen Schmerz, der ihrer harrete, und wußte doch weder Rath noch Hilfe. Endlich setzte er sich hin und schrieb an sie. Er schrieb, daß er das tiefe Leid, das sie gerade in jenem Augenblick trefte, in welchem sie vielleicht mit großer Zuversicht in die Zukunft blickte, herzlich fühle. Wenn er sich ihr jetzt nicht näherte, so geschehe es nur, weil er ihre doch keinen Trost zu bieten vermöge, unmöglich aber ein stummer Zeuge ihres Kummers sein konnte. Es werde aber wohl noch eine Zeit kommen, wo wärmere Regungen in ihrem Herzen einschlämtern und dem fansten und gleichmäßigen Gefühl wahrer Freundschaft den Platz räumen. Dann aber hoffe er, ihr auch beweisen zu können, wie er unter allen Verhältnissen sei und bleibe ihr aufrichtiger Freund Hans Fuchs. Beim Morgenrauchen war er bereits auf der Rückfahrt nach Mauerbach, nachdem er den Brief dem nächsten Sammlungsstation anvertraut.“ (Fortsetzung folgt.)

Johanna Wagner-Jachmann wird auf ihren Wunsch in der nächsten Saison im Berliner Hoftheater im Schauspiel aufzutreten.

sagt wurde, ist mehr oder weniger Phrase, die sich in jeder Thronrede wiederholt; aber indem sich der Kaiser auf die in gesamtstaatlichem Geiste erlassenen Adressen der einzelnen Landtage berief, diesen Geist als den maßgebenden für seine Regierung bezeichnete, und feierlich gelobte, den Boden des Patents vom 26. Febr. zu behaupten, und dann die Abgeordneten sich fast tumultuarisch zum Throne herandrängten und mit erhobenen Händen bekräftigen zu wollen schienen, was die Landtage gesagt hatten, ist den Ungarn ziemlich offen der Handschuh hingeworfen. In diesem Augenblick trägt der Telegraph die beglücklichen Stellen der Rede schon in den fernsten Winkel „jenseits der Leitha“, und bald genug werden wir die Antwort vernehmen. Das wurde jedem Anwesenden klar, daß die Regierung sich in der Lage glaubt, ihren Worten Nachdruck zu geben.“

Der „Kölnischen Zeitung“ schreibt man aus Wien: „Die Thronrede wird hier in sehr liberalem und entschieden gesamtstaatlichem Sinne gedeutet und hat deshalb eine vorzüglich gute Aufnahme gefunden. . . . Der Kaiser hob scharf und mit Nachdruck hervor, daß die Aufgabe mannhaft gelöst werden müsse; an die Appellation an die Treue der Völker knüpfte sich gleichsam ein Schwur: die Gesamtverfassung des einigen und untheilbaren Kaiserreichs mit aller Macht zu schützen und jede Verletzung derselben als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie zurückzuweisen. Das war der Kulminationspunkt der Thronrede; Vivat, Hoch, Bravo, Slava, Zivio, ertönte es Minuten lang im Saale. Der Kaiser war hier sichtbar tiefst erregt, und glutholl überstolz es seine Stirn und sein Gesicht; den Prinzeßinnen traten Thränen in die Augen, und selbst die Mutter des Kaisers führte das Taschentuch über die feuchten Wangen. Unter dem Donner der Kanonen verließ der Kaiser den Saal.“

Ans Verlin schreibt man uns: „Die bei Eröffnung des österreichischen Reichsraths von Sr. Maj. dem Kaiser Franz Joseph gehaltene Thronrede hat hier in weiten Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Vor Allem ist es die Vertrauen erweckende Offenheit, Zuversicht und Entschlossenheit in der Sprache des hohen Redners, welche wohlthuend berührt. Im Einzelnen erkennt man mit Genugthuung, daß neben dem entschiedenen Festhalten an den großen Grundsätzen geistlichen Fortschritts, welche der staatlichen Weiterentwicklung Oesterreichs die Richtung anweisen, auch manche Besorgnisse in Betreff der Haltung der Regierung gegenüber gewissen nationalen, politischen und kirchlichen Sonderbestrebungen zerstreut werden. In letzterer Hinsicht wird besonders die Erklärung für wichtig gehalten, daß bei gegenseitiger Billigkeit, verständlicher Stimmung und Duldsamkeit die Ausgleichung der verschiedenen Interessen und Anschauungen gelingen werde. Begrüßt man hierin außer den politischen Beziehungen namentlich auch eine sehr befriedigende Andeutung des Regierungshandpunkts in der Protestantenfrage, so wird vorzugsweise in dem Schluß der Thronrede ein nicht minder bedeutender Hinweis auf die ungarische Angelegenheit gefunden. Die im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Sache und auf die Einsicht der Völker vom Kaiser ausgesprochene Erwartung, daß auch die Frage der Vertretung Ungarns, Kroatiens, Slavoniens und Siebenbürgens im Reichsrath bald eine günstige Lösung erlangen und damit die Vertretung der Monarchie vollständig sein werde, zeigt ihre wahre Tragweite noch augenscheinlicher in der Bezugnahme auf die Landtagsadressen, welche erklären, daß die Bedingungen des Verbandes aller Länder des Kaiserreichs aufrecht erhalten werden müssen. Die Befestigung des festen Willens aber, der rechtlich bestehenden, durch die Zeitverhältnisse gebotenen und zum Wohl aller Theile zu währenden Reichseinheit keinerlei Abbruch thun zu lassen, ist in den Schlußworten der Thronrede enthalten: „Es ist meine feierlich übernommene Regentenschaft, die mit den Grundgesetzen vom 26. Febr. gegebene Gesamtverfassung als Fundament des einigen und untheilbaren Kaiserreichs mit aller Macht zu schützen und jeden Angriff auf dieselbe nachdrücklich zurückzuweisen.“ Diese ernsten und wohlbegründeten Worte klingen in der That nicht im mindesten nach der von manchen Seiten so angelegentlich empfohlenen Verständigung mit Ungarn „um jeden Preis“, und werden hoffentlich in Pesh noch rechtzeitig gebührend beherzigt werden.“

Wir fügen schließlich noch ein Wort des „Journ. des Débats“ bei: „Die Rede — sagt dasselbe —, welche Kaiser Franz Joseph gehalten hat, ist eines der konstitutionellen Erzeugnisse, in denen die Persönlichkeit des Souveräns zurücktritt, um nur der Politik des Ministeriums das Wort zu lassen. Das ist eine weise und verständliche Politik. Man bemerkt selbst, daß in der kaiserlichen Rede von den Provinziallandtagen in bestimmteren und festeren Ausdrücken gesprochen wird, als man erwartet hatte. Wir freuen uns um so mehr darüber, als wir noch immer von Seiten des Hrn. v. Schmerling allzuviel Neigung zur Centralisation befürchtet hatten. Am meisten freut es uns aber, einen seit zehn Jahren absoluten Kaiser die Worte „freie Institutionen“ und „Freiheit“ so natürlich aussprechen zu hören, als hätte er nie etwas Anderes im Munde geführt. Vor zehn Jahren stellte die Regierung in der österreichischen Monarchie die erschütterte Ordnung wieder her. Sie rettete die Familie, die Religion, das Eigenthum, und was Alles noch. Sie rettete dies Alles durch eine Reihe von Staatsstreichen, indem sie die Reichsverfassung zerriss, die ungarische Verfassung vernichtete, Alles verbot, was nur den geringsten Ansehen einer freien Einrichtung hatte, und der Kirche unbefchränkte Macht über Erziehung und Presse einräumte. Dieses Gewaltssystem scheiterte an der geheimen Stärke der freisinnigen Ideen, und man mußte wohl erkennen, daß Staaten, die man auf der Spitze eines Bajonnetts im Gleichgewicht zu halten versucht, auf allzu unsicherer Grundlage ruhen. Welch ein Triumph für die Besiegten von 1849! Es hängt gegenwärtig von den Völkern Oesterreichs ab, daß die Befreiung der Dynastie bleibende Früchte trage. Wenn die Provinziallandtage, die das Patent vom 20. Febr. ver-

worfen, endlose Konflikte hervorzurufen fort und fort sich bemühen, so haben sie einen der unerwartetsten Siege wieder in Frage gestellt, welche je in irgend einem Lande die liberalen Ideen errungen haben.“

Deutschland.

* **Karlsruhe**, 4. Mai. Morgen Nachmittag 5 Uhr wird im Saale des Bürgervereins eine Versammlung der hiesigen Mitglieder und Freunde des Nationalvereins stattfinden. Folgendes ist die Tagesordnung: 1) Vortrag über den Zweck des Nationalvereins durch Hrn. Dr. Ladenburg in Mannheim. 2) Vortrag über das Verhältniß der Einzelstaaten zu dem Gesamt Vaterland durch Hrn. Dr. Pifford in Heidelberg. 3) Vortrag über einen Aufruf zur Theilnahme an dem Nationalverein. 4) Vorschläge und Berathung über Organisationsangelegenheiten des Vereins.

Vom Neckar, 3. Mai. In dem Wahlbezirk Mannheim-Ladenburg wurde bekanntlich Hr. Pfarrer Dr. Fink zu Illenau als geistliches Mitglied für die nächste Generalsynode gewählt und Hr. Pfarrer Schellenberg von Mannheim als dessen Ersatzmann. Wenn nun irgendwo ausgesprochen worden ist, Hr. Pfarrer Schellenberg sei ein „Freund“ der kirchlichen Regierungsvorlagen, so ist das eben so gegründet, als es ungegründet erscheinen muß, wenn behauptet wird, Hr. Pfarrer Fink sei ein „Gegner“ dieser Vorlagen. Wenigstens können wir versichern, so weit uns die Ansichten der Männer, welche das Wahlkollegium bildeten, bekannt sind, daß wohl keiner Hrn. Pfarrer Fink seine Stimme in der Absicht gegeben hat, um in dem Gewählten einen „Gegner“ des Verfassungsentwurfs unserer evangel. Landeskirche in die Synode zu schicken, sondern vielmehr, weil sie in ihm einen Mann erkennen, welcher zu den hervorragendsten und gelehrtesten ev. Geistlichen des Landes gehört. Auch die theologische Fakultät der Universität Heidelberg hat dieses anerkannt, indem sie ihn bei dem dritten Säcularfest der Einführung der Reformation in Baden nicht einigen andern als einen „um Kirche und Wissenschaft verdienten Mann“ zum Doktor der Theologie freierete. (Die Mitglieder der damaligen theologischen Fakultät waren: Umbreit, Rothe, Schenkel und Hundeshagen.) Auch hiesige einen „Gegner“ der Gesetzesvorlagen in die Synode schicken nichts Anderes, als die wohlwollenden Absichten der hohen Staats- und Kirchenregierung zu erkennen, was gewiß keinem Wähler in den Sinn gekommen ist.

§ **Heidelberg**, 4. Mai. Nachdem vorgestern die meisten der zu den Vorbereitungen für den allgemeinen deutschen Handeltag einberufenen Vertreter hier eingetroffen waren, vereinigten sich dieselben gestern zu ihrer ersten Sitzung unter dem Vorsitze des durch Akklamation auf den Präsidentenstuhl berufenen Vorstandes der hiesigen Handelskammer, Hrn. Rißhaupt. Unter den Anwesenden befanden sich u. A.: die H. H. Hasemann aus Berlin, Jordan aus Deidesheim, Kappelmann aus Köln, Mumm aus Bremen, Homberger aus Pforzheim, Ros aus Hamburg, Beprens aus Danzig etc. Außer den beiden Mitgliedern der hiesigen Handelskammer, Rißhaupt und Zimmermann, nahmen auch noch von Seiten der Universität die H. H. Mittermayer, Nau, Mohl, Häußler, Goldschmidt und Pifford an den Verhandlungen Antheil. Auch das großh. Handelsministerium hat einen Vertreter in der Person des Hrn. Geh. Referendar Dr. Diez hieher geschickt. Die Abgeordneten von Frankfurt, Leipzig und Wien waren noch nicht zur ersten Sitzung eingetroffen. Unter den von den verschiedenen Handelskammern eingekommenen Anträgen wurden vorerst folgende für die vorbereitenden Kommissionsberatungen ausgewählt und sofort auch die Verhandlungen darüber begonnen: 1) die periodische Wiederkehr des allgemeinen deutschen Handeltags; 2) die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsbuchs; 3) die Einführung eines gleichen Münz-, Maß- und Gewichtsystems; 4) Aufhebung der Transit- und Schiffsabgaben; 5) die Verhältnisse des deutschen Zollvereins. Ohne Zweifel werden auch noch einige der wichtigsten weiter eingegangenen Anträge zur Verhandlung kommen; doch hängt dies namentlich davon ab, ob die genannten Fragen noch Zeit zu weiteren Beratungen übrig lassen. Diese Vorverhandlungen werden noch die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen und dann wird laut dem ausgegebenen Programm der wirkliche Handeltag am Montag den 13. Mai beginnen, zu welchem bereits mehrere Hundert Vertreter angemeldet sind.

† **Vom Rhein**, 3. Mai. Der Militärausschuß der Bundesversammlung hat in Bezug auf das Gesuch des Gemeinderaths von Rastatt, welches die Erbauung bombensicherer Räumlichkeiten aus Bundesmitteln zur Unterbringung kranker und verwundeter Zivilpersonen im Fall einer Belagerung in Anspruch nimmt, den Antrag auf Abweisung dieses Gesuchs gestellt, „indem die Erbauung eines solchen Hospitals außerhalb der Bundesverhältnisse liege und die Bundesversammlung weder Rechts- noch Billigkeitsgründe für Berücksichtigung desselben aufzufinden vermöge“.

* **Frankfurt**, 3. Mai. (Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 2. d. M.) Im Hinblick darauf, daß die Abstimmung über die am 26. Juli v. J. hoher Bundesversammlung vorgelegten Anträge des Militärausschusses in Betreff der allgemeinen Grundzüge der Kriegsverfassung des Bundes bis jetzt ausgelegt geblieben ist und unter Bezugnahme auf Verhandlungen, welche unterdessen zwischen mehreren hohen Bundesregierungen hauptsächlich hinsichtlich des Falls stattgefunden haben, daß Oesterreich und Preußen oder eine dieser beiden Großmächte mit ihren Gesamtarmeen an einem Bundeskrieg Theil nehmen, hat Preußen heute in der Bundesversammlung nachstehenden Antrag gestellt:

„Für den Fall, daß beide deutsche Großmächte oder eine derselben mit ihren Gesamtarmeen im Verein mit den übrigen Streitkräften des Deutschen Bundes zum Kriege schreiten, treten die Artikel XII. bis XVI. der allgemeinen Umrisse und die darauf bezüglichen Paragraphen der näheren Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung außer Kraft.“

Eine Verständigung über die Art, wie die kriegsherrlichen Rechte des Deutschen Bundes für diesen Fall ausgeübt werden sollen, namentlich über die Oberleitung und Eintheilung der vereinigten Streitkräfte, wird den allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen vertrauensvoll anheimgestellt, welche für ihre Beratungen, soweit sie das Bundesheer angehen, die Zustimmung des Bundes einholen werden.“ Dieser Antrag wurde an den Ausschuß für Militärangelegenheiten verwiesen.

Baden machte die Anzeige, daß der Stellvertreter des Gouverneurs der Bundesfestung Rastatt, Generalleutnant Dreyer, auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt, der bisherige großh. Militärbevollmächtigte Generalleutnant v. Seutter zum Vizegouverneur der Bundesfestung Rastatt ernannt, und der Generalmajor v. Böck, Direktor des großh. Kriegsministeriums, zu dessen Nachfolger in der Bundes-Militärkommission ausersehen sei.

Nachdem in Folge der im Jahr 1858 stattgehabten allgemeinen Musterung der Bundesregiments-Kontingente durch Bundesbeschluß an verschiedene Regierungen Anforderungen gestellt worden waren, wurde heute auf Grund eines ausführlichen Vortrags des Ausschusses für Militärangelegenheiten beschlossen, nach Maßgabe der inzwischen eingegangenen Nachweise die gemachten Ausstellungen und Anforderungen theils als erledigt anzuerkennen, theils zu beschleunigter Erledigung in Erinnerung zu bringen.

Die übrigen Verhandlungen betrafen laufende, meist militärische Angelegenheiten.

Kassel, 30. Apr. (Wärzb. Anz.) In Karsbachen, Helmarshausen und Schwelze sind bei den Wahlmännern, welche dieselben Männer wie 1850 wieder gewählt worden. — Die „kurhessische Jähigkeit“ hat nun doch einmal etwas Gutes zu Stande gebracht. Man wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit Kaiser Napoleon verlangte, der Kurfürst solle seine Briefe an ihn mit „Serviteur“ unterzeichnen. Der Kurfürst weigerte sich, und es wurde zwischen den beiderseitigen Ministerien lange hin und her geschrieben; endlich machte Napoleon den Vorschlag, der Kurfürst solle ihm in einem eigenhändigen Schreiben den Wunsch ausdrücken, daß die Differenz zwischen ihren beiden Ministerien als geschlichtet betrachtet werde; der Kaiser machte sich anheißig, ihm in demselben Sinne zu antworten, doch aber müsse der Kurfürst dieses sein Schreiben mit „Serviteur“ unterzeichnen. In Zukunft könne dann diese Unterzeichnung wegfallen. Der Kurfürst ließ antworten, er wolle zwar in Folge der Einladung des Kaisers gleichsam den ersten Schritt zur Verständigung thun und den Wunsch einer solchen Verständigung in einem Brief an den Kaiser ausdrücken; er weigerte sich aber auf das entschiedenste, diesen Brief mit „Serviteur“ zu unterzeichnen. Und da der Kurfürst drohte, er werde die ganze Geschichte an die große Glocke hängen, so gab endlich Napoleon, da er den schlimmen Eindruck fürchtete, den dies in Deutschland machen würde, nach. Der Kurfürst schrieb (ohne „Serviteur“), der Kaiser antwortete — und damit ist die Sache abgethan.

Berlin, 2. Mai. (Köln. Ztg.) Mit der Union der Donaufürstenthümer, welcher die Pforte, den Zeitungen zufolge, ohne Weiteres zugestimmt haben soll, hat es, gutem Vernehmen nach, folgende Bewandniß: Die doppelte Ernennung des Fürsten Kusa zum Fürsten der Moldau und Walachei, die im Jan. und Febr. 1859 stattgefunden hatte, war durch die Pariser Konferenz vom 6. September 1859 bestätigt worden, aber ohne daß dadurch der prinzipielle Lösung der Unionsfrage vorgegriffen war. Kusa erhielt darauf zwei Investituren in zwei getrennten Fernanten. Neuerdings hat er geltend gemacht, daß er eine größere Autorität besitzen und unruhiger Bewegungen in den Fürstenthümern leichter Herr werden würde, wenn er zum alleinigen Fürsten der Moldau und Walachei kraft eines einzigen Fernanten ernannt würde. Man soll das der Pforte vorgeschlagen haben. Wenn sie darauf eingeht, so dürfte das jedenfalls nur für Kusa's Person und für keine Leibeserben geschehen. Es ist also nicht die Rede davon, daß, wie die Blätter wissen wollten, Kusa nach der nunmehr angeblich bewirkten Union zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg oder eines andern Kandidaten abdankte, wie er vor seiner Ernennung in Jassy, Januar 1859, schriftlich versprochen hatte. Es versteht sich, daß die Fürstenthümer jedenfalls unter der Oberhoheit der Pforte bleiben würden, deren schließliche Entscheidung in dieser Sache, so viel man weiß, noch nicht offiziell konstatiert ist.

Berlin, 2. Mai. Die „Preuß. Ztg.“ bespricht heute in ihrem Leitartikel die jüngsten beleidigenden Äußerungen Lord Palmerston's über die Macdonald-Affaire und spricht sich im Schlußsatz folgendermaßen aus:

Die Meinung, die er (Lord Palmerston) ausspricht, daß Preußen in seinem Interesse handle, wenn es sich um das Wohlwollen Englands bewerbe, mag jenseits des Kanals vielfach verbreitet sein, aber nicht minder verbreitet ist die Ansicht, daß England die Sicherheit seiner Existenz untergraben würde, wenn es die Freundschaft seiner natürlichen Allirten auf dem Kontinent durch Nichtberücksichtigung ihrer Interessen verletzete. Es mag sein, daß zur Störung der guten Beziehungen zwischen Staaten, die durch ihre politische Lage auf einander angewiesen sind, häufig auch Zwischenfälle beitragen, welche an sich selbst keine Wichtigkeit haben. Wenn dies aber geschieht und als die dauerliche Folge eine steigende Entfremdung befreundeter Nationen eintritt, so fällt die Schuld davon lediglich auf diejenigen, welche unablässig bemüht sind, jene Vorkälle im feindlichen Sinne auszubenten, sie zu beleidigenden Ausfällen gegen die Institutionen und Gesetze eines ehrerbietenden Volkes zu benützen und alle Rücksichten bei Seite zu setzen, die in dem zivilisierten Europa befreundete Nationen sich sonst schuldig zu sein glauben.

In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten beantragten v. Niegowski und Genossen die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Untersuchung der mit der bekannten Niederhessischen Angelegenheit im nähere und weiteren Zusammenhang stehenden Thatsachen; auf Vorschlag des Abg. v. Binde ging der Antrag an die Justizkommission. Die Binde'sche Interpellation in der Macdonald'schen Ange-

legenheit erklärte sich Minister v. Schleinig bereit, in der ersten Sitzung der nächsten Woche zu beantworten. — Das Herrenhaus begann in der heutigen Sitzung die allgemeine Diskussion der Grundsteuer-Vorlagen. — Der in Nizza verstorbenen Fürst von Salm-Dyck richtete, wie der „Düsseld. Ztg.“ gemeldet wird, noch kurz vor seinem Ende ein Schreiben an den König, in welchem folgende Stelle vorkommt: „Sire, unser Herrenhaus gehört nicht mehr in dieses Jahrhundert; dasselbe repräsentiert eine Welt von Ideen, die nicht mehr aufkommen können. Man muß jedoch seiner Zeit angehören, um die Menschen zu regieren.“ — Den zurückgekehrten amnestirten politischen Flüchtlingen, welche über zehn Jahre im Auslande entfernt waren, ist, nach der „Königsb. Ztg.“, von der Polizeibehörde eröffnet worden, daß sie nur mit einer Aufenthaltskarte sich hier aufhalten können, weil sie durch ihre freiwillige zehnjährige Abwesenheit ihres Heimathrechts verlustig geworden sind. Dieselben haben bereits Returs beim Minister des Innern eingelegt.

Berlin, 3. Mai. (N. Pr. Z.) In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde die Generaldiskussion über die Grundsteuer fortgesetzt. Das Haus ist noch zahlreicher vertreten, als gestern. Als neu eingetretene Mitglieder werden Fürst Rognowski und Hr. v. Puntammer vermeldet. Zunächst sprachen: Hr. Camphausen (Berlin) für die Vorlagen in einer ausführlichen Historie der Grundsteuerfrage, Hr. v. Gaffron für Ablehnung, Prof. Dr. Zellkamp empfiehlt die Vortheile der gebotenen Entschädigung, Dr. Stahl spricht gegen die Vorlagen. Nach Dr. Stahl nimmt der Finanzminister Hr. v. Patow das Wort und antwortet auf den gemachten Vorwurf, daß das Ministerium in Preußen die parlamentarische Debatte einführen wolle. — Es folgt eine scharfe Debatte in Form tatsächlicher Berichtigungen. Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird abgelehnt. Als Redner sind noch angemeldet: für die Vorlagen Graf Rittberg, Oberbürgermeister Hasselbach, Dr. Brüggemann, Oberbürgermeister Etwanger; gegen dieselben Graf Bof.

Leipzig, 2. Mai. (Nürnb. Korr.) Aus zuverlässigster Quelle kommt uns die Nachricht, daß höhere Orts der Erlaß einer allg. Amnestie beschlossen worden sei und im Laufe der nächsten beiden Wochen erfolgen werde. Je kühler und abwehrender sich die Organe der Staatsregierung bisher stets zu verhalten pflegten, wenn eine Amnestie in der einen oder der andern Kammer befürwortet wurde, desto erfreulicherer Eindruck wird die Verkündung des Gnadenakts, auf welchen man schwerlich so bald gehofft hatte, überall im Volke machen. In Sachsen selbst befindet sich zwar nur ein einziger politischer Gefangener, der wegen seiner Beteiligung an den Maiereignissen von 1849 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, allein die Amnestie wird trotzdem als eine außerordentliche Wohlthat von den Vielen empfunden werden, die seit 1849 in der Verbannung leben.

Wien, 1. Mai. (Südd. Ztg.) Mit strahlendem Gesichte stand heute der Ritter v. Schmerling an den Stufen des Thrones, von welchem aus Kaiser Franz Joseph sich feierlich zu konstitutionellen — dies Wort wurde, zum ersten Male! in der Thronrede gebraucht — Grundsätzen bekannte und die parlamentarische Gesamtverfassung der einzigen und untheilbaren Monarchie gegen jeden Angriff zu schützen verpfl. Wer will es dem Minister verargen, daß er heute mit einem Gefühl des Triumphes dreinschaute! Vor sieben oder acht Monaten betheuerte noch der heutige Präsident des Abgeordnetenhauses, er und seine Freunde seien weit entfernt von der Schwärmerie des Hrn. Maager für eine Repräsentativverfassung; die tapfern Ritter Clam, Salm und Genossen verhöhten den Siebenbürgen im vollen Bewußtsein der Macht, welche demnach in ihre Hände fallen sollte, und der Name Schmerling durfte, so sagt man, in der Hofburg nicht genannt werden. Heute standen die Clam, Salm und Genossen als konstitutionelle Abgeordnete dem Minister Schmerling gegenüber, und wenn nicht sie selbst, so jauchzten doch ihre Nachbarn rechts und links dem konstitutionellen Programm zu. Und mehr als das, gestern gab Hr. v. Schmerling den Mitgliedern des Reichsrathes eine Soirée, und zu derselben drängte sich Alles, was auf Bedeutung Anspruch macht, auch alle jene, welche den Witz „Schmerlingstheater“ für das Abgeordnetenhaus aufgebracht haben. Mögen sie innerlich grollen, doch beugen sie sich dem Manne des Tages, welcher der innern Politik Oesterreichs die Wege vorzeichnet. Das Abgeordnetenhaus scheint in der Majorität seiner bis jetzt versammelten Mitglieder genehmigt, die Solidarität für die Schmerling'sche Politik zu übernehmen; das Oberhaus verhielt sich merklich feindlich.

Oesterreichische Monarchie.

Venedig, 1. Mai. Die Statthalterei macht folgendes Wahlresultat bekannt. Für die Provinz Venedig: Graf Alois, Francesco Mocenigo; Belluno: Dr. Zanini; Rovigo: Nobile Parolari, Malmignati; Mantua: Dr. Bertolini; Treviso: Nobile Giacomelli und Conte Revedin; Vicenza: Rossi, Dr. Bassetti und Conte Balmarare; Verona: Marchese Carloti, Conte Pellegrini und Ferrarini; Padua: Graf Cittadella, Rigodarjere, Mocenigo, Graf Emo-Capodilista; Udine: Conte Freschi, Conte della Torre, Mocenigo und Nobile Trento.

Italien.

Turin, 30. Apr. (Röln. Ztg.) Man sendet neue Truppen nach Neapel, da die Regierung aus Paris die Nachricht bekommen hat, daß ein neuer Coup verabredet werden soll. Das Ansehen scheint mit Nothschild und einigen andern Finanznotabilitäten zum Preise von 70 abgeschlossen worden zu sein, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein zu schlimmer Preis ist. — Marchese d'Azeglio ist heute aus London hier eingetroffen. Kossuth sammt Familie wird in den nächsten Tagen hier erwartet.

Mailand, 2. Mai. Die heutige „Perserveranza“ berichtet aus Turin vom 1. d. M.: Die portugiesische Regie-

rung verweigert den mit Pässen des neuen italienischen Königreichs versehenen Reisenden den Eintritt in ihr Gebiet. Piemont machte deshalb bei der portugiesischen Regierung Gegenverstellungen und hofft, Portugal werde obiges Verbot widerrufen. Man spricht von der bevorstehenden Abreise des Prinzen Carignan und Nigra's von Neapel. Graf Ponzardi San Martino soll dahin abreisen, um die Leitung der Geschäfte zu übernehmen.

Rom, 30. Apr. Das Regierungsorgan dementirt die Gerüchte von angeblichen versöhnlichen Vorschlägen Piemonts. Eine Petition ist im Umlauf, um die Entfernung der französischen Truppen zu verlangen.

Neapel, 30. Apr. 3000 Mann piemontesischer Bersärfungskstruppen sind von Genua angekommen. Die Operationen dauern in der Basilicata fort. Die Jury ist eingesetzt worden. Die „Pietra infernale“ ist, wegen Angriffe gegen die Religion, in eine große Strafe verurtheilt worden.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Man schreibt dem „Moniteur“ aus Wien, in den Regierungskreisen hofft man auf eine kompakte Majorität. Nach einer vorläufigen statistischen Uebersicht seien die deutschen Länder in der Mehrzahl. Nun aber seien die Deutschen beinahe sämmtlich, ob liberal oder nicht liberal, Zentralisten, weil sie in der Zentralisation das einzige Mittel erblicken, Deficit ihren Rang als europäische Großmacht zu erhalten. Es gebe freilich Leute, welche das Heil anderswo suchen, und die darauf aufmerksam machen, daß, wenn die Zentralisation durchgeht, d. h. wenn Ungarn und seine Nebenländer in das Parlament eintreten, das deutsche Element vielleicht in diesem Dyzan nichtdeutscher Rassen untergehen könnte. Die österreichischen Deutschen wollten jedoch in diesem Punkt keine Bernunft annehmen, und es gebe Deutschösterreicher, die vielleicht selbst ihre Nationalität aufopfern würden, wenn sie um diesen Preis die Einheit des österreichischen Reichs zu begründen vermöchten. Ueber die Stellung Ungarns zum Wiener Hofe bemerkt dieselbe Korrespondenz:

Man sagt, daß, wenn der ungarische Landtag seine Wünsche in ehrerbietiger Form darlegen würde, der Kaiser nicht abgeneigt wäre, zum mindesten einen Theil derselben, namentlich Das, was das ungarische Ministerium betrifft, zu gewähren. Was soll aber dann aus dem Patent vom 26. Febr. werden? Man müßte es entweder abändern oder abschaffen, um es durch eine neue Konstitution zu ersetzen, und da diese Eventualität Jedermann vor sich wehrt, so hat man kein Vertrauen in den gegenwärtigen Zustand der Dinge. Man sieht die Situation als eines der zahlreichen Provisorien an, die Oesterreich seit zwölf Jahren durchmacht. Es ist dies schlimm vom Gesichtspunkt der allgemeinen Politik des Wiener Kabinetts, noch schlimmer in finanzieller Beziehung, da der öffentliche Kredit sich so lange nicht heben kann, als die Situation sich nicht als dauerhaft darstellt.

Belj-Pascha hat heute eine Audienz bei Hrn. Thouvenel gehabt. Wie es heißt, sind mit der heute von Konstantinopel angekommenen Post neue Instruktionen in Bezug auf die syrische Angelegenheit angekommen. — Das „Pays“ meldet, daß Graf Zamostky am 2. Mai Warschau verlassen hat, um sich nach Paris und von da nach London zu begeben. — König V. Emanuel will sich auf 2 Monate nach Neapel begeben. Man versichert, er werde am 1. Juni von Turin abreisen. — Wie das „Pays“ anzeigt, ist die Ueberschrift „Legation de Sardaigne“, die sich an dem Hotel der hiesigen Turiner Gesandtschaft befand, weggenommen worden, und soll durch die Worte: „Legation du royaume d'Italie“ ersetzt werden. Das sardinische Konsulat in Marseille hat bereits seinen Titel in entsprechender Weise geändert. — Hr. v. Meuselbach, preussischer Gesandter in Rio de Janeiro, hat seinen Posten in Folge persönlicher Konflikte mit mehreren Mitgliedern des diplomatischen Korps verlassen. — 3proz. 69.15. Dst 595.

Paris, 3. Mai. Hr. Grandguillot erhielt einen zweiten Brief des Bischofs von Perpignan per Huissier, welchen der Hauptredakteur des „Constitutionnel“ heute an der Spitze dieses Blattes veröffentlicht. Der Prälat erklärt, daß trotz dem Hr. Grandguillot sich nicht entschließen konnte, das geforderte Wort „Widerruf“ auszusprechen, er, der Bischof, sich mit der halben Abbitte begnügen und über Nebenstehen wegzusehen wolle. Weil ich gerade von Briefen spreche, darf ich auch eines in mehreren Blättern veröffentlichten Schreibens der Frau Mirès nicht unerwähnt lassen, worin sie erklärt, daß der Generalabvokat Charin sich geradezu eine Unwahrheit zu Schulden kommen ließ, wenn er behauptete, daß ihr Mann, Hr. Mirès, nur acht Tage in geheimner Haft war; er sei es vielmehr noch, und seine Frau, sein Anwalt, seine Geschwister könnten nur mit großer Mühe zu ihm gelangen; ja Personen, welche dringend mit Hrn. Mirès zu sprechen haben, sei dies ganz verweigert worden. — Dieses Schreiben erregt Aufsehen. Nach den französischen Gesetzen darf die Untersuchungs-Geheimhaft 14 Tage nicht übersteigen. — Heute fand zur Gedächtnißfeier des Jahrestags der Konstitution vom 3. Mai 1791 eine Versammlung der politischen Emigration unter Vorsitz des Fürsten Czartoryski statt. In offiziellen Kreisen wittert man neuerdings eine Annäherung zwischen Oesterreich und Rußland, und nicht ohne sichtbare Bellemmung raunt man sich in's Ohr, daß auch Hr. v. Balabine aus Wien abberufen und durch eine gern gesehene Persönlichkeit ersetzt werden soll. — Die syrische Angelegenheit ist, was die „Indép. belge“ auch immer versichern mag, noch immer nicht definitiv geregelt. — Darf man Gerüchten glauben, so wäre der Infant Don Juan von Spanien, dessen plötzliches Verschwinden aus London in Madrid und Antrahes so viele Sorgen machte, ganz einfach seinen allzu zahlreichen Gläubigern aus dem Wege gegangen. Nach Andern wäre der Prädent auf dem Wege nach Prag, um von dort seine (von ihm getrennte) Gemahlin und seine Kinder zu entführen. Don Juan, der seine Frau entführt, das wäre neu! — Morgen beginnen die Gerichtsverhandlungen wegen der Aumale'schen Broschüre. Eintrittskarten werden mit Gold aufgewogen und selbst an An-

wälte verweigert. Das Dienstpersonal ist angewiesen, streng darauf zu achten, daß Niemand Notizen niederschreibt u. dgl.

Belgien.

Brüssel, 1. Mai. In Gent ist eine Arbeitseinstellung mit tumultuarijchen Szenen ausgebrochen. Glücklich Weise haben sich letztere nicht wiederholt.

Großbritannien.

London, 4. Mai. (Schw. M.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantwortete Lord Russell mehrere Interpellationen. Er sagte u. A.: Die Anerkennung der italienischen Nationalität verpflichte England keineswegs auch den Polen und Ungarn gegenüber. Das englische Ministerium könne den Polen nicht die Ergreifung der Waffen anrathen, eine diplomatische Intervention aber würde ohne gute Resultate bleiben. Die Berichte des englischen Konsuls in Warschau könne er nicht vorlegen.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Mai. Die „Berl. Ztg.“ dementirt die Nachricht von der Bestellung zweier Panzerschiffe in Frankreich. — Das Wetter ist kalt und stürmisch; es hagelt und schneit.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 27. Apr. (H. N.) Durch Ulaß vom 15. März wird die bisher nur für das Königreich Polen bestehende Bestimmung, betreffend die Einfuhr von Waffen, auf die ganze europäische Grenze ausgedehnt, so daß nunmehr Waffen jeder Art überall nur mit Erlaubniß der obersten Lokalbehörde eingeführt werden dürfen; die Waffeneinfuhr in den ischernomorischen Häfen des Kaukasus bleibt aber nach wie vor überhaupt verboten. — Durch Tagesbefehl vom 23. April hat der Kaiser 5 Generalleutnants zu Generalen, 37 Generalmajore zu Generalleutnanten und 16 Obersten zu Generalmajoren befördert, zugleich aber 5 Generale mit Pension und dem Rechte, die Uniform zu tragen, aus der Armee verabschiedet.

Warschau, 2. Mai. Die „Bresl. Ztg.“ theilt mit, daß daselbst das Gesetz über die Regulirung der Bauerabgaben in den nächsten Tagen bestimmt erscheinen werde und daß die ehemalige Bürgerdelegation für ihre staatsbürgerlichen Verdienste eine Dankadresse von Gutsbesitzern erhalten habe. Als offiziell wird gemeldet, daß eine Militäraushebung in diesem Jahr nicht stattfinden werde.

Warschau, 3. Mai. Die „Bresl. Ztg.“ meldet in ihrem heutigen Mittagsblatte, daß man in Warschau behauptet, der Großfürst Michail werde bereits am Geburtstage des Kaisers eintreffen und den Oberbefehl über die bewaffnete Macht übernehmen, während der Graf Wielopolski mit der Zivilverwaltung betraut werden würde. — Nach der „Schles. Ztg.“ ist Kiew von einer furchtbaren Ueberschwemmung heimgesucht worden. 615 Gebäude stehen unter Wasser.

Kraau, 1. Mai. Der „Eas“ theilt mit, daß der Präsident der Justizkommission, Wieczorkowski, den Untersuchungsbericht in Betreff der in Mddlin gefangenen Geblateten erstattet habe. Nach dem Berichte waren Anklagepunkte nicht aufzufinden. Die Gefangenen stimmten in ihren Aussagen dahin überein, daß sie am 8. März nach dem Feuer vor's Schloß geeilt, um den Verwundeten beizustehen. Glaubwürdige Gegenzeugen seien nicht vorhanden. Der „Eas“ meldet ferner, daß in den polnischen Provinzen überall Trauer-Gottesdienste veranstaltet wurden und daß die Regierung für die Provinzen dieselben strengen Verordnungen wie für Warschau erlassen habe. Ein neuerer Erlaß der Regierung verbietet dem Volke das Hinausgehen aus der Kirche in großen Häufen.

Helsingfors, 17. Apr. Die heutige offizielle „Finlands Allmänna Tidning“ enthält ein Manifest, welches Kaiser Alexander II. am 10. d. erlassen hat und in welchem er Finlands konstitutionelle Rechte zum Vollen anerkennt und, bis die Zeitverhältnisse die Zusammenberufung der Stände gestatten, das Prüfungsrecht derselben einem Ausschusse überläßt, dessen Mitglieder durch freie Wahl innerhalb der vier Stände aufgestellt werden. Durch dieses Manifest werden Deputirte der vier Stände Ritterschaft und Adel, Priester, Bürger- und Bauernstand des Landes (durch freie Wahl ihrer Mitbürger) zusammenberufen, um gemeinsam in solchen Fragen und Angelegenheiten zu berathen, welche die wichtigsten Interessen der Nation betreffen und auf des Kaisers Befehl ihnen vorgelegt werden.

Amerika.

Neu-York, 20. Apr. Alle Brücken zwischen Baltimore und Washington sind abgebrochen. Die Bundesstruppen werden von Philadelphia über Havre de Grace und Annapolis befördert werden. 5000 Mann stehen heute in Washington unter den Waffen. — Am 18. v. M. sahen sich die Bundeskommissäre in Harper's Ferry von 1000 Birginiern bedrängt; sie zerstörten daher Zeughaus, Arsenal, Gießerei, Gebäude, nebst 13,000 Gewehren, und zogen sich mit einem Verlust von 3 Mann nach Pennsylvania zurück.

* Eine in Paris eingetroffene Depesche meldet, daß die Truppen der Südstaaten nur noch 24 Stunden von Washington entfernt stehen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 5. Mai. 2. Quartal. 60. Abonnementsvorstellung. Die Hochzeit des Figaro; komische Oper in 2 Akten, von Mozart.

Montag, 6. Mai. 2. Quartal. 61. Abonnementsvorstellung. Der Geizige; Lustspiel in 5 Akten, von Molière, nach Dingelstedt's Bearbeitung und Uebersetzung. Hierauf: Das Salz der Ehe; Lustspiel in 1 Akt, von Görner.

S.891. Karlsruhe. Von dem am 2. d. M. in Mannheim erfolgten Ableben meines Schwagers, Kaufmann Theodor Kast aus Rheinbischofsheim, gebe ich dessen Freunden und Bekannten im Namen der Hinterbliebenen Nachricht. Karlsruhe, den 4. Mai 1861.

S.890. Offenburg. Von dem durch plötzlichen Tod heute früh erfolgten Heimgang unserer lieben Tochter und Schwester Julie Hald, geb. Bähr, in Zürich, werden unsere Verwandten und Freunde mit der Bitte um ihre Theilnahme hiemit in Kenntniß gesetzt. Offenburg, den 3. Mai 1861.

S.889. Karlsruhe. Bekanntmachung. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung aus Großh. Staatsministerium vom 23. d. M., Nr. 479, dem zwischen dem Herrn Fürsten Ernst zu Leiningen und seinen Herren Anverwandten, dem Prinzen Eduard zu Leiningen und den Grafen Karl Theodor zu Leiningen-Billingheim und Clemens August zu Leiningen-Neudenaun, unterm 10. August 1860 abgeschlossenen Vertrag über Aufhebung der im Jahr 1850 aufgestellten agnatischen Administration der gesamten Revenuen der fürstlichen Landesherrenschaft Leiningen die höchste Staatsgenehmigung zu ertheilen geruht, jedoch vorbehaltlich der landesherrlichen und lehnherrlichen Rechte, sowie der Rechte Dritter.

S.892. Karlsruhe. Die Wiederbesetzung der Hauptlehrerstelle an der Gewerbschule in Bretten betr. Die erledigte, mit einem Jahresgehalt von 500 fl. verbundene Hauptlehrerstelle an der Gewerbschule in Bretten wird zur Bewerbung wiederholt mit Frist von 14 Tagen ausgeschrieben. Karlsruhe, den 30. April 1861.

S.884. Karlsruhe. Bekanntmachung. Das Gemälde „Der Münster zu Freiburg“, Eigentum Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich von Baden, in Del gemalt von August von Bayer, bleibt noch bis Sonntag den 12. Mai (incl.) ausgestellt. Eintrittsgeld: 6 Kreuzer, zum Vortheil des badischen Frauenvereins. Galleriedirection.

S.895. Redarbischofsheim. Lehrerin-Gesuch. Aus Veranlassung der Verheirathung der bisherigen Lehrerin der hiesigen Mädchenschule soll deren Stelle wieder vergeben werden. Diese Lehrerin hat in der französischen und englischen Sprache, im Klavierpiel, Gesang und in den sonstigen Lehrgegenständen gründlichen Unterricht zu ertheilen.

S.878. Bietigheim. F. Diehm & Cp., Spitalstraße Nr. 6a in Karlsruhe, empfehlen das von ihnen verfertigte weiße Hauspapier, welches sich durch klare Durchsichtigkeit und auch dadurch beim Zeichnen gut bewährt, daß es alle Farben annimmt.

S.789. Bietigheim. Wasser-Versteigerung. Die Erben des verstorbenen Josef Augenstein lassen Dienstag den 7. Mai 360 Ohm Faß von 26 Ohm bis zu 2 Ohm öffentlich versteigern.

S.709. Freiburg i. Br. Hausverkauf. In einer der angenehmsten Lagen der Stadt Freiburg im Breisgau ist ein sehr solides, neues, von Stein erbautes Wohnhaus zu verkaufen.

Den Müttern angelegentlich empfohlen. Dr. med. Merkel's aromatisches Kinder-Malz-Pulver. Für die verschiedensten Altersstufen sorgfältig zubereitet, bewährt sich dieses Malz-Pulver zur Aufzucht und Kräftigung der Kinder als ein vorzügliches, leicht verdauliches Nahrungsmittel.

Wiesenthal-Bahn. Die verehrlichen Herren Aktionäre der Wiesenthalbahn-Gesellschaft werden zu der statutenmäßigen Ordentlichen General-Versammlung auf den 14. Mai, Vormittags 10 Uhr, in den Gasthof zum Hirsch in Lössach eingeladen.

Badische Zink-Gezellschaft in Mannheim. Wir laden die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit auf Montag den 27. Mai d. J., Nachmittags 3 Uhr, zur V. ordentlichen Generalversammlung im Lokale des „Kurwälder Hofes“ ein.

Für Wagenfabrikanten, Schmiede u. Wagner. Dieck & Kirschstein in Offenbach a. M., Fabrik von Euronwagen und deren einzelnen Theilen, empfehlen ihre vorzüglichsten Arten aller Art, als: Paleten, Stummel- und Schmierwagen, sowie Druck- und C-Gedern und größere Heile zum Verschlagen der Wagen.

Kommissions- und Speditions-Geschäft von Alfred Lavalette in Genf (Schweiz). Camionnage, geräumige Magazine, Correspondenten in allen Ländern, Waareniederlage.

Freiwilliger Verkauf der Lederfabrik in Oberachern. Dieses Fabrikamwesen, aus weitläufigen Gebäulichkeiten bestehend, besitzt mehrere Wasserräder, durch drei Fälle getrieben, welche außer den zur Gerberei gehörigen Maschinen eine Web- und Sägemühle in Bewegung setzen.

Stauden-Versteigerung. Der Unterzeichnete läßt Mittwoch den 8. Mai l. J., präzis Nachmittags 2 Uhr, 15 fette Kühe öffentlich versteigern.

Stauden-Versteigerung. Die Lieferung von ca. 30000 E. Forstholz auf die verschiedenen Baustellen des Inspektionsbezirks Heidelberg wird Montag den 13. d. M.,

Stauden-Versteigerung. Die Erben des verstorbenen Josef Augenstein lassen Dienstag den 7. Mai 360 Ohm Faß von 26 Ohm bis zu 2 Ohm öffentlich versteigern.

Vormittags 10 Uhr, im Commissionswege vergeben. Die Angebote sind gut verpackt und geeignet überschriften anher einzureichen.

Pferd-Versteigerung. Nächsten Mittwoch den 8. dieses, Vormittags 10 Uhr, wird in dem Hof der unterzeichneten Stelle ein bisher vertriehenes Militärpferd, Rapp, Wallach und 9 Jahre alt, gegen baare Zahlung versteigert.

Diebstahl und Fahndung. Joh. Georg Ranz von Heidelberg, der dabier wegen eines gefährlichen Diebstahls von circa 11 fl., zum Nachtheil der Wittve des Friedr. Ranz von da, in Untersuchung steht, hat sich derselben durch heimliche Entfernung entzogen.

Stodach. Aufforderung und Fahndung. Anton Moll hier ist angeschuldigt, dem Fuhrmann Deucher dabier zwei Ketten, im Werthe von 9 fl. 30 kr., entwendet und sich dadurch des Rückfalls in das Verbrechen des Diebstahls schuldig gemacht zu haben.

Stodach. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Staufen. Aufforderung. Die Wittve des Wegemeisters Gauding Heide, alt, zu Stauden, französische, geborne Rumler, hat die Bitte gestellt, sie in den Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen; was wir mit der Aufforderung öffentlich bekannt machen, etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch binnen 14 Tagen dabier vorzutragen, widrigens selbigen entpfunden wird.

Table with columns for 'Staatspapiere', 'Anlehens-Loose', 'Wechsel-Kurse', and 'Gold-Sorten'. It lists various financial instruments, exchange rates, and gold prices from different locations like Frankfurt, London, and Paris.